

Argumente der Wirtschaft setzen sich nicht durch

Erster Volksentscheid gegen den Kern der Migrationspolitik – Masseneinwanderungsinitiative polarisiert in mehrfacher Hinsicht

Die knappe Mehrheit des Volks wendet sich von der Personenfreizügigkeit ab. Die Initiative der SVP wirkt polarisierend, und zwar nicht nur zwischen den Landesteilen. Die Umsetzung dürfte konfliktreich werden.

Christoph Wehrli

Wer bei der Abstimmung über die Initiative «gegen Masseneinwanderung» ein knappes Resultat erwartet hatte, lag nicht falsch – das Resultat ist sogar sehr knapp ausgefallen. Unabhängig von der hohen Stimmbeteiligung gibt es daran nichts zu rütteln, so wenig wie an der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum mit der genau gleichen Volksmehrheit. Wie 1992 haben die Deutschschweiz und das Tessin die Romandie «überstimmt». Die Divergenz ist aber weniger gross als damals, und erneut wird sie von anderen Polarisierungen überkreuzt.

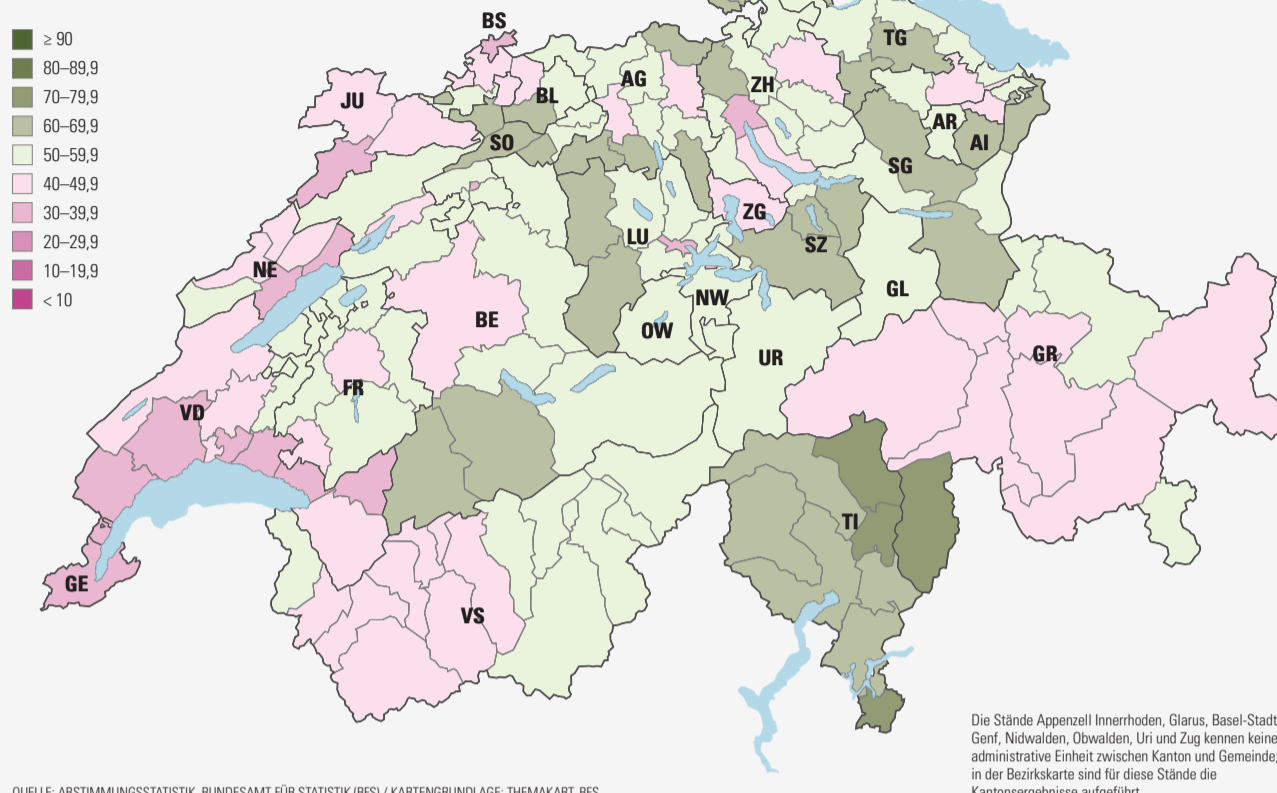
Auf den ersten Blick ersichtlich ist der Unterschied zwischen Stadt und Land. Das migrationsfreundliche Votum der grossen Zentren (67 Prozent in Zürich) widerspricht der Rede vom «Dichtestress». Allerdings ist die fortlaufende «Zubetonierung» der Schweiz auf dem «Land» deutlicher sichtbar als in der grundsätzlich schon «gebauten» Stadt. Es spielten jedenfalls nicht nur Erfahrungen mit der Einwanderung, sondern auch Haltungen – zum gesellschaftlichen Wandel und zur Europapolitik – eine Rolle.

Zweifache Wende

Das Ja zur SVP-Initiative bedeutet eine doppelte Wende. Zum einen war das Volk bisher hinter den bilateralen Verträgen gestanden. Es stimmte dem ersten Paket im Jahr 2000 klar zu, ebenso der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Mitglieder 2005 und 2009. Jetzt hat es dieses Vertragswerk infrage gestellt. Zum andern hatte es zwar mit der Annahme der Minarett- und der Ausschaffungsinitiative bereits «Zeichen» des Unmut gesetzt, es zeigte sich aber seit der «Schwarzenbach»-Abstimmung von 1970 stets der wirtschaftlichen Interessen bewusst, wenn es um den Kern der Migrationspolitik ging. Die anhaltende starke Einwanderung seit Aufhebung der Höchstzahlen 2007

Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Stimmbeteiligung: 55,8 Prozent
Ja-Stimmen-Anteil: 50,3 Prozent



QUELLE: ABSTIMMUNGSSTATISTIK, BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS) / KARTENGRUNDLAGE: THEMAMAP, BFS

Die Stände Appenzell A. Rh., Glarus, Basel-Stadt, Genf, Nidwalden, Obwalden, Uri und Zug können keine administrative Einheit zwischen Kanton und Gemeinde; in der Bezirkskarte sind für diese Stände die Kantonsresultate aufgeführt.

Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %
Zürich	239 139	47,34	52,66	57,69
Bern	200 007	51,06	48,94	54,10
Lucern	80 523	53,35	46,65	57,58
Uri	7 595	58,17	41,83	50,20
Schwyz	38 500	63,07	36,93	60,80
Obwalden	8 983	59,12	40,88	60,35
Nidwalden	10 893	58,83	41,17	60,57
Glarus	7 824	59,39	40,61	50,90
Zug	22 257	49,94	50,06	61,13

Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %
Freiburg	51 172	48,48	51,52	56,03
Solothurn	52 934	54,59	45,41	55,37
Basel-Stadt	24 941	39,00	61,00	56,81
Basel-Landschaft	51 177	50,64	49,36	54,99
Schaffhausen	20 004	58,14	41,86	70,50
Appenzell A.-Rh.	11 890	54,39	45,61	57,70
Appenzell I.-Rh.	3 709	63,48	36,52	52,30
St. Gallen	97 218	55,95	44,05	55,50
Graubünden	35 721	50,59	49,41	52,68

Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %
Aargau	123 390	55,23	44,77	55,17
Thurgau	49 920	57,82	42,18	53,70
Tessin	82 652	68,17	31,83	57,08
Vaud	93 170	38,94	61,06	57,99
Valais	61 821	48,32	51,68	61,55
Neuchâtel	23 735	39,29	60,71	55,14
Genève	53 533	39,12	60,88	57,40
Jura	11 446	44,06	55,94	51,45
Schweiz	1 463 954	50,34	49,66	55,80

Die FDP will Christoph Blocher verhandeln lassen

C. W. · Gegner der SVP-Initiative ziehen aus deren Annahme teilweise unterschiedliche Schlüsse, auch bezüglich der Schadensbegrenzung. Die FDP schlägt vor, dass die Verhandlungen mit der EU über die «Anpassung» der Personenfreizügigkeit durch alt Bundesrat Christoph Blocher im Range eines Sonder-Staatssekretärs geführt werden sollen. Er stehe in der Pflicht, eine gute Lösung zu finden. Die Liberalen fordern zudem angesichts der drohenden Isolierung der Schweiz eine umfassende Wirtschafts-

reform. – Die CVP betont, es sei alles zu unternehmen, um den bilateralen Weg aufrechtzuerhalten. Die SP macht «die bürgerlichen Parteien und ihre Geldgeber aus der Wirtschaft» für das «Scheitern der Öffnung der Schweiz» verantwortlich. Die Partei habe vergeblich einen Ausbau der flankierenden Massnahmen verlangt. Der Gewerkschaftsbund erklärt den Volksentscheid mit einer verbreiteten Angst um Löhne und Arbeitsbedingungen und fordert deren Schutz gerade auch bei der Umsetzung

der Initiative. Die Grünen halten fest, die Probleme der einseitig auf quantitativen Wachstum ausgerichteten Standortpolitik seien entschieden anzupacken.

Die Auslandschweizer-Organisation äussert sich besorgt über die allfälligen Auswirkungen des Volksentscheids auf die Schweizer, die in der EU leben oder dorthin ziehen möchten. Die Vereinigung Ecopop begrüsst die Annahme der SVP-Initiative, hält aber am eigenen Volksbegehren mit einer verbindlichen Grenze für die Einwanderung fest.

Bedauern und etwas Einsicht in Berlin

Für Stegner spinnen die Schweizer

U. Sd. Berlin · In Berlin dominierte nach dem Schweizer Entscheid über die Masseneinwanderung die Konsternation. Finanzminister Schäuble bedauerte am Sonntagabend in der Sendung «Bericht aus Berlin» das Ergebnis und meinte, es werde Bern noch Schwierigkeiten beschern. Dies müssten die Verantwortlichen in der Schweiz jetzt sehen. Gleichzeitig zeigte Schäuble Einsicht. In dieser «Welt der Globalisierung» hätten die Menschen eben zunehmend Unbehagen gegenüber einer unbegrenzten Freizügigkeit. «Ich glaube, das müssen wir alle ernst nehmen.»

Gewohnt charmant gab sich der SPD-Vizeparteichef Ralf Stegner. Er twitterte zunächst: «Die spinnen, die Schweizer», und kam zwei Minuten später zur Einsicht: «Geistige Abschottung kann leicht zur Verblödung führen.» Der Unionspolitiker Andreas Schockenhoff warnte vor einer «fortschreitenden Selbstisolierung» der Schweiz. Das Zusammenwachsen Europas sei eine Chance; Bern wäre gut beraten, den Zuzug nicht zu stark einzuschränken. In den Medien zeigte sich das übliche Bild. Während im redaktionellen Teil harscher Tadel dominierte, bekundeten in bürgerlichen Blättern viele Leser online grosse Sympathie mit dem Verdikt des Schweizervolkes.

Österreichs Freiheitliche sehen sich bestärkt

Aussenminister Kurz bedauert Schweizer Abstimmungsergebnis

bam. Wien · Das knappe Ja der Schweizer Bevölkerung zur Masseneinwanderungsinitiative war am Sonntagabend praktisch allen österreichischen Online-Medien prominent plazierte Schlagzeilen wert und verdrängte damit den Jubel über das Abfahrts-Gold in Sotschi als Top-Nachricht. Bereits in den Tagen zuvor war die Abstimmung in den Zeitungen und im ORF thematisiert worden. Den beiden wichtigsten überregionalen Qualitätszeitungen, «Der Standard» und «Die Presse», war das Resultat Front-Geschichte und Kommentar in ihren Montagsausgaben wert.

In beiden Publikationen wird die Wichtigkeit des bilateralen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU unterstrichen und vor überstürzten Reaktionen gewarnt. «Die Presse» sah einen Fehler der EU darin, die Schweizer über die konkreten Folgen ihres Entscheids im Unklaren gelassen zu haben, was ein Ja begünstigt haben könnte, wie sie mutmass. «Der Standard» dagegen meint, dass Brüssel bei den nun anstehenden Verhandlungen aus einer Position der Stärke agieren könne und jene Themen zur Sprache kommen würden, die die Schweiz blockiere, etwa Steuerfragen und Bankgeheimnis. Auffällig

war, auf wie viel Resonanz der Volksentscheid bei den Lesern stiess. Allein der Artikel auf der Website des «Standards» generierte rund 1000 Kommentare, darunter zahlreiche, in denen Verständnis für den Ausgang der Abstimmung ausgedrückt wurde.

Österreichs Aussenminister Sebastian Kurz nahm das Ergebnis mit Bedauern zur Kenntnis, wie sein Sprecher auf Anfrage mitteilte. Ein Volksentscheid sei immer zu respektieren. Es müsse der Schweiz aber klar sein, dass die Personenfreizügigkeit integraler Bestandteil des bilateralen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU sei, liess Kurz weiter verlauten. Im Weiteren äusserte sich nur Heinz-Christian Strache, der Chef der rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ), zum Ergebnis. Er zeigte sich wenig überraschend erfreut und betonte, auch in Österreich müsse angesichts der hohen Arbeitslosigkeit das «Konzept der zügellosen Masseneinwanderung» gestoppt werden. Er gab sich überzeugt, dass auch in Österreich eine Mehrheit der Bevölkerung einer Begrenzung der Zuwanderung zustimmen würde, und beklagte einmal mehr, dass die Regierung sich verstärkter direkter Demokratie verweigere.

Heikles Thema für Frankreich

Grenzgänger, Vertragstreue und Blick nach Grossbritannien

rt. Paris · Aus französischem Blickwinkel passt das Abstimmungsergebnis zur Masseneinwanderung recht gut zur hiesigen gängigen Wahrnehmung der Schweiz: Ein Land, das sich von der EU immer wieder abgrenzen will, im Innern aber zwischen den Sprachregionen gespalten ist. Eine Bevölkerung auch, die trotz aller Weltoffenheit grosse Unsicherheiten verspürt und periodisch – wie bei der Minarettinitiative – auf ziemlich hemdsärmelige Weise und überraschend Kontrapunkte setzt.

Kalte Schulter zu erwarten

Von der französischen Regierung wird Bern bei der bevorstehenden Suche nach Lösungen wenig Wohlwollen erwarten können. Zwar leben offiziell nur etwa 105 000 französische Staatsbürger in der Schweiz – weit weniger als Deutsche, Italiener oder Portugiesen –, doch für die bilateralen Beziehungen ist die hohe Zahl der Grenzgänger (143 000) relevant, die ja auch den französischen Arbeitsmarkt entlasten.

Frankreich als prinzipienfestes Kernland der EU wird sich ferner schwerlich mit Kompromissen zur Personenfreizügigkeit abfinden. Jedenfalls nicht ohne Gegenleistungen und sicherlich nicht ohne klare Garantien, seine Grenzgänger möglichst so liberal zu behan-

scheint die Meinungen in der Mitte verändert zu haben.

Die SVP führte gegen Bundesrat und Parlament, gegen die anderen Parteien und praktisch alle Wirtschaftsverbände eine finanziell gut dotierte Kampagne, in der sie von unappetitlichen Provokationen absah und national-egoistische Argumente (mangelnder Nutzen der Zugewanderten) mit moralischen Parolen (Kampf der Masslosigkeit) verband. Damit gelangte sie offenkundig weit über ihre Anhängerschaft hinaus.

Bei den Gegnern gab der Dachverband der Wirtschaft den Ton an. Die rezyklierten Apfelbaum-Plakate von Economiesuisse machten allzu deutlich, dass man sich einfach auf das vermeintlich Bewährte verliess und dass es am Gespür für die veränderte Stimmungslage fehlte. Auch Parteien wie die FDP und die CVP hatten kaum Antworten auf Fragen zur weiteren Zukunft des Einwanderungslands, sie agierten gerade auch europapolitisch eher defensiv. Die SP, die ihren Sonderzug fuhr, hat allerdings wenig Grund, den bürgerlichen Parteien die Schuld für das Debakel zuzuweisen, denn sie propagierte in erster Linie eine Symptombekämpfung auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt sowie im öffentlichen Verkehr.

Tücken bei der Umsetzung

Der Volksentscheid hat einerseits europapolitische Konsequenzen, allenfalls auch für die Polizei- und die Asylkooperation, die historisch auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Andererseits stellen sich bei der landesrechtlichen Umsetzung konfliktträchtige Fragen. Welche Prinzipien sind gesetzlich festzulegen, was ist (wie etwa die Festlegung von Höchstzahlen) dem Bundesrat zu überlassen? Sollen die Kontingente auf die Kantone aufgeteilt werden? Wie sind wirtschaftliche Interessen und humane Grundsätze zu gewichten, wenn der Familiennachzug neu geregelt wird? Wie steht es mit dem Asylbereich? Sind für die EU und die anderen Staaten separate Kontingente und Zulassungsvoraussetzungen festzulegen? Was bedeutet der verlangte Vorrang von «Schweizern» für die bereits anwesenden Ausländer? Welches ist die Zukunft der flankierenden Massnahmen, die formell an die Personenfreizügigkeit gebunden sind? Drei Jahre sind keine lange Zeit, um sachliche und politische Lösungen zu finden.

Unzuverlässiger Partner

Unter den (noch wenigen) politischen Stellungnahmen am Sonntagabend sind zwei klare Reaktionen aufgefallen: für den Modem-Politiker Antoine Viallard, den Conseiller Général des Départements Haute-Savoie, ist die Schweiz mit dem Votum zur Einwanderungsinitiative ein unzuverlässiger Partner geworden, der Verträge missachtet. Er sieht gar die Tradition der Schweiz als stabilen Hort gefährdet und geht von wirtschaftlich negativen Folgen aus.

Voll des Lobes fürs Stimmvolk und für das politische System der Schweiz ist – erwartungsgemäss – demgegenüber der Vizepräsident des Front National (FN), Florian Filippot. Der Souverän habe der «europäischen Diktatur» auf eindrückliche Weise eine Absage erteilt und klargemacht, dass die Schweizer Herr über ihre Landesgrenzen bleiben wollten.